3. Jahrgang / Nr. 270

Einzelnummer 25 Pfg.

# Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.
Postscheckkonto Nr. 29 885. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H." Breslau.
Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8887.

Mittwoch, 30. November 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk. Reklame: Die Millimeterzeile, 8gespalten oder deren Raum im Text 3.— Mk.

# Sofortige Freilassung oder Hungertod!

## Die politischen Gefangenen hungern weiter.

Berlin, 28. November.

**Nach einer hier zugegangenen Meldung sind bereits am vergangenen Sonntag die politischen Gefangenen im Gefängnis Heiligenstadt in den Hungerstreik getreten. Nur die Insassen der Zelle 7 beteiligen sich nicht an dem Hungerstreik.**

**Die politischen Gefangenen der Strafanstalt Nordhausen befinden sich seit Sonntag im Hungerstreik.**

**Auch die in der Strafanstalt Herne inhaftierten politischen Gefangenen sind in den Hungerstreik getreten.**

**Die amtlichen Stellen, Untersuchungsausschüsse, bürgerliche und sozialdemokratische Presse melden, der Hungerstreik sei abgebrochen. Inzwischen sterben die Gefangenen. Immer mehr Gefangene ziehen den freiwilligen Tod einem Lebendigbegrabensein vor. Der sozialdemokratische Justizminister Radbruch verweigert ihnen jede privatärztliche Hilfe oder Besuch befreundeter Abgeordneter; die Wahrheit soll nicht in die Oeffentlichkeit dringen.**

**Um so energischer müssen den Opfern des weißen Schreckens die Arbeiter von außen Hilfe bringen.**

**Erkämpft die volle Amnestie der politischen Gefangenen.**

## Der Hungerstreik in Naumburg.

**Aus dem Gerichtsgefängnis Naumburg geht uns nachstehender Brief von 40 Genossen zu, die sämtlich seit Mittwoch im Hungerstreik stehen:**

Werte Genossen! Auch wir hatten, wie unsere Genossen im Zuchthaus, unsere Hoffnung auf die Besprechung des Rechtsausschusses und die jetzige Reichstagsperiode gesetzt, weil wir annahmen, daß man dort etwas Verständnis für uns haben würde. Jedoch — Enttäuschung. Dies aber nicht allein, sondern die uns unverständliche Stellungnahme der Regierung, speziell des Herrn Reichsjustizministers, in bezug auf den Hungerstreik unserer Genossen in der Lichtenburg, **zwingt auch uns zur Anwendung des letzten Mittels.**

Werte Genossen! Die ungeheure Not, in der unsere Familien sich befinden, ist auch Euch bekannt. Es wird Euch auch weiter bekannt sein, daß der Staat bezw. die Gemeinden **keinerlei Verständnis für die Not Tausender unschuldiger Frauen und Kinder hat.** Der Winter ist da. Unsere Familien haben weder Kohle noch Kartoffeln. Nicht genügend warme Kleidung. Es ist uns nicht länger mehr möglich, ohnmächtig vom Kerker aus sehen zu müssen, wie unsere Frauen und Kinder erbarmungslos dem Hungertode preisgegeben werden.

Die Reaktion kann offen monarchistische Umtriebe entfalten. Die Kapp-Verbrecher läßt man laufen. Die Münchener Gesellenmörder, die Mörder von Mechterstedt wurden freigesprochen. Die schändlich grausamen Mißhandlungen und Morde an revolutionären Arbeitern in der diesjährigen Märzaktion sind auch ungesühnt — **Proletarier dagegen, welche lediglich nur für Recht und Freiheit eintraten, wurden in Zuchthaus und Gefängnis eingekerkert.** Genug des grausamen Spiels! Es bleibt uns kein anderer Weg mehr offen und so haben wir uns entschlossen, am Mittwoch 12 Uhr mittags in den Hungerstreik zu treten, selbst auf die Gefahr hin, daß er von den Herrn Reichsjustizminister auch als eine Torheit bezeichnet wird. **Für uns ist es keine Torheit, sondern die Liebe zu unseren Frauen und Kindern und der für uns einzige Weg, um zur Gerechtigkeit zu gelangen. Wir haben kein Vertrauen mehr zu der Regierung,** zu einer Regierung, die die krassesten Klassenurteile, die je in der Geschichte gefällt wurden, unbeachtet läßt. Wir winseln nicht um Gnade, wie sie der Justizminister anempfiehlt, da wir am besten wissen, wie eine solche Gnade praktisch aussieht. Wir wurden im August mit einer Gnade beschert, das heißt, wir wurden vom Zuchthaus nach dem Gefängnis transportiert. Für uns revolutionäre Arbeiter kann es gleich sein, wo wir eingekerkert sind. Wir fühlen uns im Zuchthaus genau so wenig als Verbrecher, wie im Gefängnis. Aber wir verlangen, daß man uns Gerechtigkeit widerfahren läßt und die kann nur in unserer Freilassung bestehen.

Jedoch zu Euch, Genossen, und zu dem gesamten deutschen sowie internationalen, klassenbewußten, revolutionären Proletariat haben wir den Glauben und das Vertrauen noch nicht verloren. An Euch richten wir diesen Notschrei und wir sind fest überzeugt davon, daß er nicht ungehört verhallt. **Wir sind fest davon überzeugt, daß Ihr es nicht dulden werdet, daß Hunderte Familienväter mitsamt ihren Familien den Hungertod sterben.** Ihr werdet nicht zulassen, daß Hunderte ledige Genossen die besten Jahre ihrer Jugend hinter Kerkermauern schmachten.

An Euch wenden wir uns mit der Bitte, der Regierung klarzumachen, daß diese gemeinen Klassenurteile sofort beseitigt werden müssen. Wir sind fest entschlossen, entweder unsere Freiheit wiederzuerlangen oder gemeinsam mit unseren Familien zugrunde zu gehen. Unsere Forderung ist sofortige Freilassung. Freiheit oder Tod.

Werte Genossen! Wir bitten Euch, diesen Notschrei in allen uns zur Verfügung stehenden Pressen zu veröffentlichen. Um nicht eine falsche Meinung aufkommen zu lassen. Wir führen keine Klagen über die Behandlung von seiten der Beamten. Unsere Forderung ist: Sofortige Freilassung oder Hungertod.

Mit kommunistisch-revolutionärem Gruß!

Die politischen Gefangenen des Gerichtsgefängnisses.
Curt Reiffahrt.

NB. Wir befinden uns seit Mittwoch mittag 12 Uhr im Hungerstreik. Wir sind hier ungefähr 50 bis 55 politische Gefangene. Augenblicklich stehen ungefähr 35 bis 40 Genossen im Hungerstreik. Abschrift dieses Briefes geht auch an die Zentrale der USPD.

## Aus der Wittenberger Folterkammer.

Berlin, 25. November.

Als Berichterstatter der am Dienstag vom Preußischen Landtag zur Untersuchung der Verhältnisse im Wittenberger Strafgefängnis gewählten Kommission gab in der gestrigen Plenarsitzung der Unabhängige Buck den Bericht. Danach verharren von den 125 Gefangenen, die dort in den Streik eingetreten waren, nur noch 4 im Hungerstreik. Die anderen haben sich ergeben. Hoffen sie jetzt auf Besserung, auf Aenderung ihres Loses?

Nach den Ausführungen des Berichterstatters traten die Gefangenen in diesem Gefängnis in den Hungerstreik, weil sie die Drangsalierungen der aufsichtsführenden Schupo nicht mehr länger ertragen konnten und wollten. So hatte eine jener Bestien in Menschengestalt nachts einen Gefangenen von seinem Lager weggerissen und ihn stundenlang im Hemd auf dem kalten Gang stehen lassen. Den Mitgliedern des Untersuchungsausschusses erzählten Gefangene, daß sie in ihren Zellen die Schreie derjenigen hörten, die man in anderen Zellen mißhandelte. Wie müssen die Verhältnisse gewesen sein, wenn selbst der Anstaltsdirektor sich genötigt sah, zehn dieser Schupobeamten zu entlassen! Noch immer besteht die Einrichtung des Dunkelarrestes. Die Gefangenen, die aus Erbitterung über die Ausbeutung durch ihre Unternehmer seinerzeit rebellierten und deshalb bestraft wurden, werden hier, wo sie ganz wehrlos sind, noch ärger ausgeplündert als früher. Man beschäftigt die Gefangenen im Innern des Gefängnisses, aber auch draußen in Betrieben, wo sie unter scharfer Bewachung arbeiten. Es wird ihnen ein bestimmtes Pensum Arbeit aufgegeben. **Für die Arbeit im Gefängnis erhalten sie pro Tag 90 Pfennig, außerhalb des Gefängnisses 1,20—1,50 M. pro Tag. Erfüllen sie ihr Pensum nicht, so erhalten sie nur die Hälfte, also 45 Pf. bezw. 60 oder 75 Pf. pro Tag.** Dafür erhalten sie ein Essen, das vollkommen ungenügend ist und bei dem sie nicht leben und nicht sterben können. Die Suppen sind viel zu dünn, die Brotrationen, wie selbst die Anstaltsdirektion zugab, viel zu gering. Die Schupo dagegen im Zuchthaus mästet sich und weiß nicht, wohin mit dem Ueberfluß an Brot, das ihr der Zuchthausstaat liefert. So erzählte der Berichterstatter, daß man im Wittenberger Strafgefängnis 500 verschimmelte Brote zum übergroßen Teil wegwerfen mußte, die die Schupo aus ihrem „Ueberfluß" der Direktion „zur Verfügung" stellte. Die „guten Teile" hat man aus den Broten herausgeschnitten, davon erhielten die Gefangenen eine „bessere Suppe". Ist es verständlich, wenn bei solcher Behandlung und solcher Verhöhnung wehrlose Menschen am Leben verzweifeln und lieber den Hungertod sterben? Der Berichterstatter erklärte, daß die Gefangenen auf alle Mitglieder der Kommission einen günstigen Eindruck als anständige, ruhige Menschen gemacht haben. Selbst der Direktor beklagte sich, daß alle seine Gesuche um Strafaussetzung leider unerfüllt geblieben sind.

## Für die politischen Gefangenen.

### Gemeinsamer Antrag der Kommunisten und Unabhängigen.

Im Preußenparlament haben die Unabhängigen und Kommunisten nachstehenden Antrag eingebracht:

„Der Landtag wolle beschließen: Das Justizministerium wird ersucht, noch heute Auskunft zu geben:

1. über den gegenwärtigen Umfang des Hungerstreiks in den preußischen Strafanstalten;
2. über den Gesundheitszustand der beteiligten Gefangenen;
3. über die Maßnahmen, die von der Justizverwaltung ergriffen worden sind zur Beseitigung der Ursachen des Hungerstreiks:
   a) durch Herbeiführung beschleunigter Nachprüfung der Sondergerichtsurteile;
   b) durch schnellere Entscheidung in Gnadensachen;
   c) durch weitestgehende Anwendung der Haftunterbrechung aus Gründen der Gesunderhaltung der Gefangenen und der Fürsorge für ihre Angehörigen;
   d) durch nachdrücklichste Einwirkung des Staatsministeriums auf die Reichsregierung wegen Erlasses einer allgemeinen Amnestie für alle politischen Gefangenen.

Die allgemeine Amnestie für alle politischen Gefangenen darf nicht verzögert werden. Die Arbeiterschaft muß ihre Führer zwingen, sich rückhaltlos für die Befreiung der Gefangenen einzusetzen.

# Die Schande einer Arbeiterpartei.

## Wer sind die Verbrecher an der Arbeiterklasse?

1914: Wir bewilligen die Kriegskredite.
1919: Karl, Rosa, Radek und Kumpanei: Es ist keiner dabei!
1920: Den streikenden Eisenbahnern muß man die Knochen kaputtschlagen.
1921: Es ist selbstverständlich, daß sich der Oberreichsanwalt mit den kommunistischen Verbrechern befaßt.

An zwei Millionen Toter hat die deutsche Arbeiterschaft dem kapitalistischen Moloch während des Weltkrieges opfern müssen. Die Sozialdemokratische Partei, heute im heuchlerisch pazifistischen Gewande, hat lächelnd dabei gestanden und bis zum bittern Ende die Kriegskredite bewilligt.

Bald 20 000 revolutionäre Arbeiter haben in den drei Jahren sozialdemokratischer Regierung seit 1918 sterben müssen, in den Tod gejagt von den Kugeln der Reaktion. Von Noske gestützt, von sozialdemokratischen Finanzministern bezahlt, ist eine gewaltige monarchistische Wehrmacht in Deutschland aufgebaut worden. Tausende Toter im Jahre 1919, die besten proletarischen Führer erschlagen, Tausende von Toten im Jahre 1920: der Kapp-Putsch. Die Schlächtereien im Ruhrgebiet gehen unter dem Regime Severing vor sich. Berge von Toten im Jahre 1921: Wieder sind es die Sozialdemokraten, die für die äußerste Rechte die Kastanien aus dem Feuer holen. Hörsing-Poninski im Bunde mit Severing-Weismann überfallen das rote Mitteldeutschland und hetzen auf die Mansfelder Arbeiter die Hundertschaften z. b. V. Ekelhafte Morde, die zu beschreiben sich die Feder sträubt, sind die Taten der „Schutz"polizisten. Und Hörsing, der Sozialdemokrat, gratuliert den Verbrechern.

Und abermals ist es den Führern der SPD. nicht gelungen, die revolutionäre Bewegung in Deutschland zu hemmen. Wie es ihnen 1919 nicht gelang, als sie Karl Liebknecht, Rosa Luxemburg und alle die anderen ans Messer lieferten, wie es ihnen 1920 nicht gelang, als sie Watter auf die Ruhrbergarbeiter losließen, so mißlang es ihnen auch 1921, als Severing mit dem mitteldeutschen Proletariat die Kerntruppe der KPD. und somit die kommunistische Bewegung selbst vernichten wollte. Abermals sind die Massen in Bewegung, abermals ziehen die Demonstrationszüge durch die Straßen und verlangen von den Regierenden Brot und die Freiheit ihrer eingekerkerten Brüder.

Und abermals sieht die SPD. die Stunde ihrer Partei gekommen. Sie sieht, wie die Massen unter dem Elend der Stunde sich zusammenschließen. Sie sieht den Einfluß der Kommunisten wachsen. Sie wirft das Steuer herum. Nicht mit den Arbeitern soll ihr Weg gehen: sie verbündet sich mit der kapitalistischen Reaktion, mit Stinnes! Sie verliert noch mehr an Vertrauen in den Arbeitermassen. Und nun greift sie zum letzten Mittel. In der Stunde des größten Elends, in der Stunde, wo die junge Einheitsfront der Arbeiterschaft eben zeigen soll, ob sie sich ausdehnen wird — da greift die eine dieser „Arbeiter"partei in die Aktenbündel des reaktionären Spitzelapparats und holt daraus Material gegen die Kommunisten. Material, das die Bürgerlichen freudestrahlend abdrucken. Gerade noch verschüchtert durch die Plünderungswelle und die Hungerstreikbewegung, in Angst und Schrecken vor dem kommenden Betriebsrätekongreß, zitternd vor dem Zusammengehen der Unabhängigen mit der KPD. scheint ihnen die Rettung wieder einmal aus den Händen der Sozialdemokraten gekommen.

Scheint gekommen. Denn was enthüllen die Rechtssozialisten aus den widerrechtlich gestohlenen Aktenstücken? Sie enthüllen, daß in der Kommunistischen Partei Männer gewesen sein sollen, die die Absicht gehabt haben sollen, Gebäude zu sprengen. Die Gebäude sind nicht gesprengt worden. Der Genosse Eberlein soll den „Befehl" gegeben haben, die in Stettin vor Anker liegenden Ententeschiffe mit Kriegsmaterial in die Luft zu sprengen, um Sowjetrußland damit zu unterstützen. Man denke nur! Die Schiffe sind nicht gesprengt worden — der „Vorwärts" hetzt aber die Staatsanwälte auf unsere Genossen. Nicht nur auf Eberlein allein. Er benennt mit Namen eine ganze Anzahl von Landtagsabgeordneten, zählt sie in Denunziantenmanieren drei, vier, fünf Mal auf, um die Spitzel ja recht genau zu informieren.

**Und was besagen alle die Enthüllungen für uns Kommunisten? Es ist zugegeben, und die Partei hat sich in langen schweren Meinungskämpfen zu der Ueberzeugung durchgerungen, daß die Märzbewegung, wie bei einer jungen, noch nicht kampfgeübten Arbeiterpartei zu erwarten war, taktische Fehler in ihrem Verlauf mit sich brachten. Mit Stolz aber kann die Partei heute sagen, daß die Märzbewegung gezeigt hat, daß die Partei auch imstande war, zu kämpfen. Was glauben also eigentlich die Herren von der SPD., den Arbeitern mit den Enthüllungen zu zeigen?**

3-1221

Die Arbeiter wissen ganz genau, daß die Reaktion in Deutschland heute so stark ist, daß sie nicht mit Resolutionen und Spaziergängen vor Rathäuser bekämpft werden kann. Sie wissen ganz genau, daß alle die geheimen militärischen Organisationen, der Selbstschutz, die Orgeschverbände, die Schupo und Reichswehrformationen für sie nichts sind als bewaffnete Gegner für alle ihre wirtschaftlichen und politischen Bewegungen. Sie wissen ganz genau, daß es in den kommenden Wochen **hart auf hart gehen wird**, wie das Zentralorgan der **Unabhängigen**, die Berliner **„Freiheit"** selbst zugab.

**Diese Entwicklung allein kann uns Kommunisten** aber nicht genügen. **Zum hundertsten Male haben die Führer** der SPD. **gezeigt, daß die Gesamtinteressen** der Arbeiterschaft ihnen keinen Pimperling wert sind, wenn die Interessen ihrer Parteistellung auf dem Spiel stehen. Zum hundertsten Male haben sie **gezeigt, daß in Augenblicken**, wo das Wohl und **Wehe der Arbeiterschaft auf dem Spiele** steht, ihr Weg sie in das Lager der Reaktion führt.

Darum ist diese Stunde für die Kommunistische Partei zugleich eine Verpflichtung. Sie muß vor die Arbeitermassen treten und muß sie entscheidend vor die Frage stellen, wohin der Weg gehen soll. Sie muß die Taten der SPD. zeigen und an den Beispielen von Noske, Severing, von Winnig und von Görlitz beweisen, daß alle Taten der SPD. nur gegen die Arbeiterschaft gerichtet waren. Sie wird unerschrocken hinweisen auf die Spartakustage, auf die Münchener Tage, **auf die Ereignisse des März und wird von sich sagen können: Alles was wir getan haben, überall**, wo wir gekämpft haben, war es der **Kampf gegen die Reaktion**, gegen den **Kapitalismus. Eure Führer haben** Euch den Kampf gegen Eure Brüder gelehrt. Wir wollen **Euch gegen Euren Klassenfeind führen**. Und wenn dann **die Arbeiterschaft wählen soll, dann wird sie den richtigen Weg wohl finden.**

Die Führer der SPD. haben sich in den letzten Tagen selbst enthüllt. Die größten Demagogen der neuen Geschichte, so stehen sie vor den Augen der deutschen Arbeiterschaft. Die Leute, die am Abend vor der Insurrektion des 9. November, als sie eben erst in den Klubsesseln des Reichstages warm geworden waren, unweigerlich den Befehl zum Feuern gegeben hätten, wenn eine kaisertreue Kompagnie sich den Arbeitern entgegengestellt hätte, die Schlächter des Januar und März 1920, die unsägliches Elend, unsägliche wirtschaftliche Not neben der Unzahl von toten Arbeitern auf dem Gewissen haben, sie wagen es noch, uns Kommunisten anzugreifen.

Wir aber wollen uns weder durch pazifistisches Geschrei noch durch Verfolgungen hindern lassen, den eingeschlagenen Weg fortzusetzen.

## Die Bezirksleitungen Mitteldeutschlands und der Zentralausschuß über die Berichte.

Die dem „Vorwärts" von Weismann zur Verfügung gestellten tendenziösen Berichte lagen den Vertretern sämtlicher Bezirksleitungen des Oberbezirks Mitteldeutschlands in einer Sitzung am 3. Mai vor. Diese Vertreter beschlossen einstimmig folgende Erklärung:

Die Kreise der Partei, die sich um Paul Levi gruppieren, verbreiten in den Organisationen geflissentlich allerlei Gerüchte, wonach die Oberbezirksleitung Mitteldeutschland Provokationen angeordnet und sinnlose terroristische Attentate veranlaßt habe.

Demgegenüber erklären die Vertreter der einzelnen Bezirke und der Oberbezirksleitung Mitteldeutschland:

**Die Oberbezirksleitung Mitteldeutschland hat in keinem einzigen Falle Anweisung gegeben, die darauf hinausgingen, die Aktion der Massen durch Einzelterrorakte zu ersetzen oder mittels Dynamitattentate oder Provokationen sogenannte Kampfstimmung zu erzeugen. Im Gegenteil hat sie stets jede dahinzielende Anregung auf das energischste bekämpft und wiederholt sinnlose Handlungen durch ihr Eingreifen verhindert.**

**Insbesondere stellt die Oberbezirksleitung Mitteldeutschland fest:**

**1. Die Attentate auf die Gerichtsgebäude in Sachsen und auf die D-Züge im Bezirk Halle-Merseburg waren bereits erfolgt, bevor die Oberbezirksleitung Mitteldeutschland überhaupt zusammengetreten war.**

**2. Der Kampf im Mansfelder Gebiet war ebenfalls beim ersten Zusammentritt der Oberbezirksleitung Mitteldeutschland bereits in vollem Gange, er kann demgemäß auch nicht von ihr provoziert worden sein.**

**3. Die Sprengungen in Halle und in Thüringen sind gegen den ausdrücklichen Willen und die Anweisungen der Oberbezirksleitung Mitteldeutschland erfolgt.**

**4. Zwischen der Oberbezirksleitung Mitteldeutschland und Max Hölz hat vor, während und nach dem Kampfe keinerlei Verbindung noch Verkehr bestanden. Die Oberbezirksleitung trägt daher keinerlei Verantwortung für die Handlungen dieses Mannes. Gleichwohl hat sie unablässig, aber leider immer vergebens versucht, Max Hölz von seinem eigenmächtigen Vorgehen abzubringen.**

Dieselben Berichte lagen ebenfalls dem Zentralausschuß in einer Sitzung am 5. Mai vor. Zu dieser nahmen Stellung alle Beteiligten. Sie wurden einmütig als eine tendenziöse Mache abgelehnt. Der Zentralausschuß beschloß folgende Resolution:

**Der Zentralausschuß erklärt, daß die von der Opposition gegen die Märzaktion als Material über den Zustand der Partei schriftlich verbreiteten Nachrichten zum größten Teil bewußte Unwahrheiten oder leichtfertige Behauptungen sind, die schädigend für die Partei gewirkt haben.**

**Der Zentralausschuß spricht seine schärfste Mißbilligung gegenüber den Zuträgern und Verbreitern dieses Materials aus, erteilt ihnen eine Rüge und beschließt: Wer weiterhin solch lügenhaftes und denunziatorisches Material herausgibt und verbreitet, ist aus der Partei auszuschließen.**

In der Sitzung des Zentralausschusses der Partei vom 3. Mai d. J. wurden **„Leitsätze zur Taktik der Kommunistischen** Internationale" angenommen, in denen es heißt: „Einzelaktionen der Gewalt sind in der Uebergangsperiode nur zweckmäßig als notwendige Bestandteile militärischer Aktionen. **Sie sind zu verwerfen als Mittel, die die Massenaktion ersetzen oder hervorbringen sollen."**

## Stinnes in Berlin.

### Das Reichskabinett erhält Instruktionen.

Das „Berliner Tageblatt" meldet:

**Heute vormittag um 10 Uhr fand, wie wir erfahren, eine Sitzung des Reichskabinetts statt, in der über die Frage des Kreditangebots der Industrie beraten wurde. Nach der Sitzung gab Hugo Stinnes, der gestern abend von seiner Reise nach London über Rotterdam hierher zurückgekehrt ist, einzelnen Mitgliedern der Reichsregierung sowie dem Reichskanzler in ungezwungener Weise einen Bericht über seinen Aufenthalt und die Ergebnisse seiner Besprechungen in der englischen Hauptstadt. An diesen Bericht schloß sich eine Diskussion an. Die Besprechungen dauerten bis in die zweite Nachmittagsstunde.**

**Weiter wird bekannt, daß nunmehr nach der Rückkehr von Stinnes die Verhandlungen des Reichsverbandes der deutschen Industrie sowie die Besprechungen der Industriellen mit den Kreisen der Landwirtschaft, der Banken, des Handels und des Handwerks über das Kreditangebot wieder aufgenommen werden.**

Stinnes ist zurückgekehrt. Sofort findet eine Sitzung des Reichskabinetts statt. Mag die Regierung jetzt ableugnen, daß Stinnes in ihrem Auftrage die Reise nach England unternommen hat. Der Empfang Stinnes in Berlin zeigt, daß die Regierung nur auf seine Aufträge wartet.

Zug um Zug rückt das Großkapital der Verwirklichung seiner Pläne näher. Die zeitweilige Verständigung Englands und Amerikas auf der Washingtoner Konferenz bewirkt den Zusammenschluß der englischen und amerikanischen Fraktion der der deutschen Bourgeoisie. Die Beteiligung an der Ausbeutung Rußlands läßt sie eine neue Ausdehnungsmöglichkeit erhoffen.

Aber erstens und hauptsächlich: **die außenpolitische Konstellation wird vom Großkapital ausgenützt, um sich innerpolitisch Spielraum für die Verwirklichung seiner Pläne zu schaffen. Stinnes ist bereit, ganz Deutschland unter die Kontrolle des englischen Kapitals zu stellen, um nur selbst die Herrschaft über den deutschen Staat in die Hand zu bekommen.**

Die Regierung Wirth hat schon kapituliert. Ihre Beauftragten setzen in London die Verhandlungen fort, die Stinnes und Havenstein eingeleitet haben. Die Kreditanleihe, die die Verwirklichung der Stinnesschen Pläne bringen soll, ist auf dem Marsch.

Denn dem deutschen Kapitalismus blüht nur eine Zukunft, wenn er es versteht, sich in ein anderes imperialistisches System einzureihen. Stinnes hat das fertig gebracht. Und alle kleinen und großen Götter der deutschen Bourgeoisie, angefangen mit Wirth, neigen sich vor ihm.

Das Großkapital geht zum Sturme vor. Es läßt alle Minen springen. Es ist seiner Sache so sicher, daß es mit der Zerstückelung Deutschlands droht.

Es kommt jetzt darauf an, daß die Arbeiter sich zur Abwehr zusammenschließen und Stoß durch Gegenstoß abwehren, dem Versuch Stinnes, sich durch Verpfändung Deutschlands an England die Herrschaft zu sichern, durch die Erfassung der Goldwerte begegnen.

## Ein Wuchererlaß der Reichsregierung

WTB. (Amtlich.) Berlin, den 26. November.

Das Reichskabinett hat sich in den letzten Tagen wiederholt und eingehend mit den durch die gegenwärtige Teuerung verursachten Mißständen auf dem Gebiete der Volksversorgung befaßt. Die Steigerung der Preise beruht in der Hauptsache auf der Entwertung der deutschen Mark, die ihrerseits wieder im wesentlichen durch den Friedensvertrag und die uns auferlegten Reparationslasten herbeigeführt ist. Einer wucherischen Ausbeutung dieser Sachlage muß aber mit aller Energie entgegengetreten werden. Handhaben hierzu bietet die Verordnung gegen die Preistreibereien, die im Jahre 1919 durch die Wuchergerichtsverordnung und im Dezember 1920 durch ein weiteres Gesetz bis zur äußersten Grenze verschärft worden ist. . . Besondere Aufmerksamkeit erfordern die Auswüchse auf dem Kartoffelmarkt. Hier hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft kürzlich eine neue Verordnung erlassen. Danach wird der Aufkauf von Kartoffeln beim Landwirt, soweit er nicht für den eigenen Bedarf erfolgt, von einer besonderen behördlichen Erlaubnis abhängig gemacht. . . . Für das Gebiet der Kartoffelversorgung hat der Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft durch ein neues Rundschreiben an die Landesregierungen die Bildung besonderer Ausschüsse aus Vertretern der Landwirtschaft, des Handels und des Verbrauchs angeregt. Diese Ausschüsse sollen unter behördlichem Vorsitz und unter Zuziehung von Vertretern der Strafverfolgungsbehörden die für die einzelnen Bezirke angemessenen Kartoffelpreise an Hand bestimmter Richtlinien ermitteln und so den Strafverfolgungsbehörden die sonstigen Grundlagen für ihr Einschreiten schaffen. . . . Das Reichskabinett wird am nächsten Dienstag die Beratungen über die durch die gegenwärtige Teuerung geschaffene Lage fortsetzen.

Dieser Erlaß wird die Teuerung ebensowenig beseitigen wie der Erlaß Severings und der der bayerischen Regierung. Die Regierung muß selbst anerkennen, daß an Wuchergesetzen genug vorhanden ist, daß die bisherigen Wuchergesetze eigentlich genügen sollten. Und wie diese Gesetze und Verordnungen geholfen haben, sehen wir an der jetzigen Teuerung. Der Wucher wird eben nicht mit bloßen Paragraphen niedergerungen.

Bleibt von dem ganzen Erlaß der Regierung als einzig Reales die weltumstürzende Entdeckung, daß die Steigerung der Preise auf der Entwertung der deutschen Mark beruht.

## Die Kommunistenjagd beginnt.

### Haussuchung im „Klassenkampf", Halle.

Im Gebäude der Produktiv-Genossenschaft, wo der Hallesche „Klassenkampf" hergestellt wird, fand eine Haussuchung statt. Die Beamten zeigten ein Schreiben **des preußischen Innenministers Severing vor, wonach** sie Druckschriften suchten.

Die Konfiskation von Büchern ist nur ein Vorwand, um Severing eine Kommunistenhetze zu ermöglichen.

Die Denunziationen des „Vorwärts" werden von seinen regierenden Parteigenossen zu neuen Gewaltmaßnahmen gegen die Arbeiterschaft ausgenutzt.

### Der Reichstagsabg. Gen. Wendelin Thomas wieder verhaftet.

Köln, 26. November.

Am Donnerstag wurde der Reichstagsabgeordnete Genosse Thomas auf dem Bahnhof Koblenz auf Grund einer Denunziation durch einen Deutschen bei der amerikanischen Besatzungsarmee von den Amerikanern verhaftet. Er wurde in Militärarrest gebracht, wo er bis zum nächsten Tage verblieb. Die Vernehmung ergab, daß die Verhaftung ein „Mißgriff" war, worauf die sofortige Haftentlassung des Genossen Thomas angeordnet wurde.

### Braunschweiger Regierungsschmerzen: Sepp Oerters Rücktritt.

Der unabhängige Ministerpräsident von Braunschweig, Sepp Oerter, hat infolge der Angriffe der bürgerlichen Parteien sein Amt und sein Landtagsmandat niedergelegt. Es wurde ihm vorgeworfen, daß er vom Hypnotiseur Otto Otto ein Darlehen von 20 000 Mark erhalten habe. Oerter erklärte diese Vorwürfe für unwahr. Er beabsichtigt, die ganze Angelegenheit vor Gericht zu bringen.

Zum Nachfolger Oerters wurde der unabhängige Abgeordnete Grothewohl gewählt.

---

# Wirbelsturm.

### Roman von Andor Nagy.

**Aus dem ungarischen Manuskript übertragen von Stefan I. Klein**

19] Nachdruck verboten.

„Was Sie nicht sagen! Jetzt?" — wandte sich ihm Manzi mit unangenehmer Lebhaftigkeit zu.

Abel schaute sie an, als verstünde er sie nicht.

„Aber so etwas! Erlebt Sie denn nicht diese herrliche Renaissance, diese wundervolle, neue, ungarische Welt, die nun aufdämmert?"

„Gnädige Frau . . . Das fragen Sie mich?"

„Allerdings! Denn ich hoffe, Sie identifizieren sich nicht mit den roten Schurken, mit den Henkern des Ungartums, noch aber mit den giftmischenden Semiten, die der kostbaren schönen magyarischen Rasse das Blut aussaugen wollten und über die sie diesen asiatischen Blut- und Wirbelwind gebracht haben. Sie können mir glauben, daß dem so sei. Ich weiß es von Poldi, der ein kluger Mensch ist. Sie können mir glauben, die erwachte wundervolle ungarische Rasse wird nun mit ihnen abrechnen."

Abel drängte sich plötzlich hunderterlei auf die Lippen.

„Gnädige Frau" — begann er heftig mit erhitztem Kopf — „ich habe mich niemals mit diesen Dingen befaßt. Doch ist mir, als hätte man mir seit einiger Zeit den Schädel mit einer Axt geöffnet. Ich sehe unfaßbar wahnwitzige Dinge. Und habe das grauenhafte und furchtbar bedrückende Gefühl, als wären die Menschen rings um mich herum verrückt geworden. Gnädige Frau, mich läßt erschaudern, daß Sie so sprechen: rote Schurken, erwachte Ungarn, ausrotten! . . . Ich, ich bin im Kerker gesessen, weil ich ein Bourgeois war, aber der Poldi, der kluge Poldi, der hat nicht im Kerker gesessen, brüllt aber nun trotzdem Tod! Er war ja ein Genosse! Und ich frage gar nicht, was seine Rasse ist, obschon er nicht einmal ordentlich ungarisch kann! Ich aber, der ich keine einzige fremde Sprache wirklich zu erlernen vermocht habe, der ich gar nichts anderes fließend reden kann, als Ungarisch, bin nun jener, der über Ungarn die rote sibirische Pest gebracht hat, bin ein Mörder des Ungartums, der getötet werden muß!"

„Irrtum, Irrtum!" — kreischte Manzi — „Irrtum! Wir haben es niemals mit den Kommunisten gehalten, taten es bloß zum Schein, damit uns nichts geschehe. Auch sonst sind wir schon seit langem getauft und übrigens aber, wer die Räubereien jener Rasse noch immer nicht einsieht, verdient zu jenen gerechnet zu werden, die nun ausgerottet werden müssen."

„Sagen Sie mir doch, was habe ich je in meinem Leben geraubt?"

„Wenn Sie's nicht taten, so hat es Ihr Vater getan. Oder Ihr Großvater."

„So." — entgegnete Abel mit herbem Mund. — „Wenn ein Jude etwas besitzt, so hat er es geraubt, besitzt aber ein anderer etwas, so hat er es ehrlich erworben."

„Ganz gewiß."

„Ja, dies ist klar. Dagegen läßt sich nichts einwenden. Weil dieses Kastell mir gehörte, muß ich jetzt krepieren, solange es mein war, war es Raub. Nun gehört es Lola Seybold, — sie hat es ehrlich erworben, sie darf leben."

„Aber Kinder", — fiel ihnen Lola ins Wort, — „dies ist ja eine wahre Rauferei! Gleich verprügel ich Euch! Wo ist der Rohrstock?"

Sie wandte sich an Abel:

„Und auch Sie bekommen Prügel, lieber Freund! Was sprechen Sie da? Ich erkenne Sie nicht! Was fällt Ihnen denn ein, sich zu einem so heiligen Verteidiger aufzuschwingen? Ich wußte niemals, daß Sie ein so überzeugter Jude sind! Sind Sie es vielleicht jetzt geworden?"

„Gnädige Frau", sagte er — „das ist äußerst liebenswürdig von Ihnen. Tatsächlich, Sie haben mich niemals für einen Menschen gehalten, der für etwas eintritt. In Ihren Augen war ich stets ein rückgratloser Hampelmann. Sie waren immer aufrichtig. Haben aus Ihrer Meinung nie ein Geheimnis gemacht. Sie dürfen auch heute so sprechen. Haben ein Recht dazu. Jene aber, die sich an die Reichen, an die Juden gerieben, diesen geschmeichelt haben, denen Kommunisten und Juden genug waren, einzeln und auch zusammen, die mögen nun nicht Tod brüllen."

Manzi erhob sich.

„Sie beleidigen mich. Auch dies ist eine Eigenheit Ihrer Rasse!"

„Wenn Sie es sagen, wird's schon stimmen; Sie und auch Ihr Poldi müssen ja diese Eigenheiten gut kennen."

Manzi maß Abel hochmütig, mit erstickender Wut.

Lola stand verwirrt zwischen den beiden; sie war nicht klug genug, um den Zwist zu schlichten, doch war sie dennoch zu klug, um Abel ebenfalls zu reizen, denn sie hatte ihn ja eingeladen, um von ihm bei der Uebernahme des Gutes und des Kastells neuerliche Großmütigkeiten zu verlangen. Sie versuchte es mit kleinen dummen Sätzen:

„Aber wahrhaftig! Wie könnte Ihr so sein! Das ist wirklich nicht schön! Aber, Manzi! Aber, mein lieber Freund . . . Regen Sie sich doch nicht auf . . . Mein Gott, solche Kinder!" und begann in ihrer Verwirrung zu lachen.

Inzwischen war Manzi schmollend hinausgeeilt.

Daß sie nur draußen ist! freute sich Lola im geheimen und versuchte sofort, Abel gegenüber die zeremonielle Dame des Hauses zu spielen.

Abel saß mit gerötetem Gesicht auf seinem Platz, düsteren Blicks. Er sprach bedauernd:

„Verzeihen Sie mir, ich hätte Sie mit derartigen Reden wirklich gerne verschont. Doch weiß ich selbst nicht weshalb, aber in der letzten Zeit reizen mich diese Dinge ganz besonders."

„Wissen Sie, um ganz aufrichtig zu sein, es ist nicht sehr klug von Ihnen, solche Dummheiten zu schwätzen, gerade in der heutigen Welt, da man endlich entdeckt hat, man könne mit Ihrer Rasse nicht höflich sein und müsse sie gründlich aus dem Lande komplimentieren."

„Nein, das ist wahrlich nicht klug."

„Und gerade bei mir, da Sie doch ganz genau wissen, welcher Meinung ich über Ihre Leute bin."

„Verzeihen Sie, Sie sind eine so alte und unerbittliche Feindin von mir, daß es lächerlich wäre, wollte ich Ihnen gegenüber den Kampf aufnehmen."

„Nun . . . Wir sind keine Freunde! Und wissen Sie, insbesonders in der letzten Zeit, während dieser verdammten jüdischen Diktatur . . ."

Abel fiel ihr ins Wort:

„Sagen Sie mir bloß, war denn auch die Diktatur jüdisch? War auch ich an ihr beteiligt?"

„Ach, wie furchtbar! Wissen Sie denn nicht, daß alle Volkskommissäre Juden waren? Und daß kein einziger jüdischer Bauer erschossen wurde?"

„Dies ist ja eben das Furchtbare! Erstens: nicht alle Volkskommissäre waren Juden, aber ich und Hunderte von den Geiseln, Eingekerkerten und Verurteilten, wir waren Juden. Zweitens: erschossen wurde, wer sich auflehnte."

„Unterbrechen Sie mich nicht!"

(Fortsetzung folgt.)

# Stürzt Euch in die Agitation. Werbt neue Leser! Nur die kommunistische Presse bekämpft wirksam die kapitalistische Regierung

## Anklageerhebung gegen Kommunisten.

### Der „Erfolg" der Vorwärts-Denunziation.

Die „P. P. N." melden:

Zu dem vom „Vorwärts" veröffentlichten Material über die Inszenierung des Märzputsches durch die Kommunistenführer, das bekanntlich Clara Zetkin beim Ueberschreiten der deutsch-russischen Grenze abgenommen wurde, hören die „P. P. N." an zuständiger Stelle, daß das Material am 8. Juli dieses Jahres in die Hände der Behörden fiel. Nach genauer Prüfung ist es am 16. August dem Ober-Reichsanwalt am Reichsgericht zu Leipzig zur weiteren Veranlassung übergeben worden. Dieser hat daraufhin eine Untersuchung eingeleitet. Auch der Ausschuß des Preußischen Landtages hatte Kenntnis von dem Bestehen dieser Dokumente und beantragte im Laufe seiner Tätigkeit die Aushändigung durch den Ober-Reichsanwalt, der jedoch unter dem 29. September erklärte, daß er dem Antrag des Untersuchungsausschusses auf Freigabe des Materials nicht entsprechen könne, da die Untersuchung durch das Reichsgericht selbst noch liefe. Am 10. November ließ dann der Ober-Reichsanwalt erklären, daß nunmehr das Verfahren so weit fortgeschritten sei, daß keine Bedenken mehr gegen die weitere Verwendung des Materials beständen.

Tatsächlich geht das Verfahren weiter. Gegenteilige Mitteilungen entsprechen nicht den Tatsachen. Binnen kurzem dürfte gegen die beteiligten Personen Anklage erhoben werden.

Einige Monate hat also der Ober-Reichsanwalt auf Grund des Materials Nachforschungen angestellt. Er hat es dem Untersuchungsausschuß freigegeben, ohne irgendeine Anklage zu erheben. Diese Tatsache zeigt, wie selbst das Reichsgericht die Zuverlässigkeit dieser Dokumente beurteilte.

Jetzt wird freilich prompt ein Anklageverfahren eingeleitet, um die Kommunistenhetze nicht einschlafen zu lassen. Jetzt erhebt man Anklage, um den Denunziationen des „Vorwärts" wenigstens einige Existenzberechtigung zu verleihen.

Dadurch sind die SPD.-Führer entlarvt. Die Kommunistische Partei soll in eine Reihe von Prozessen verwickelt werden. Die Arbeiter sollen auseinandergehetzt werden. Alles, um nur die Bildung der proletarischen Einheitsfront zu verhindern.

Die Kommunistische Partei fürchtet diese Prozesse nicht. Sie können nur den Anklägern eine große Blamage bringen.

Aber es handelt sich nicht nur um die Kommunistische Partei. Das Manöver der SPD.-Führer richtet sich gegen die gesamte Arbeiterschaft, richtet sich gegen alle Bestrebungen, ein gemeinsames Handeln gegen die Stinnes-Pläne und den Steuerraubzug zu ermöglichen. Die „Freiheit" aber benutzt die Veröffentlichung des „Vorwärts", um unter dessen Beifall die Kommunisten zu beschimpfen. Wenn die Unabhängigen es mit ihrer Verpflichtung, für die proletarische Einheitsfront zu wirken, ernst meinen, so müssen sie diesem Treiben der „Freiheit"-Redaktion ein entschiedenes „Halt!" entgegenrufen. Die unabhängige Arbeiterschaft darf auf den plumpen Trick der SPD.-Führer nicht hereinfallen.

Die Anklage ist erhoben. Aber wird das genügen, um die Arbeiter die Politik der Stinnes-Koalition, die Radbruch-Politik vergessen zu machen? Wir warten auf neue Veröffentlichungen.

*

### Die Berliner bürgerliche Presse zu den Enthüllungen des „Vorwärts".

Die bürgerliche Presse jubelt über die „Enthüllungen" des „Vorwärts". Denn sie kennt die eigentlichen Beweggründe der SPD.-Führer. Der „Lokalanzeiger" stellt fest, daß durch die Veröffentlichungen der Bruderkampf ins Lager der Arbeiterschaft hineingetragen werden sollte:

„Man wartet einfach, bis in dem reizvollen Bruderkampf zwischen den verschiedenen sozialistischen Parteien der Augenblick gekommen scheint, um einen vernichtenden Schlag aus dem mehrheitssozialistischen gegen das kommunistische Lager führen zu können und stellt in diesem Augenblick das seit sechs Monaten sorgfältig verborgen gehaltene Beweismaterial in den Dienst — nicht der Gerichtsbehörden, sondern des Parteikampfes."

Die „Vossische Zeitung" druckt zustimmend den Artikel aus der „Sozialistischen Korrespondenz" ab, der zur „Beseitigung der kommunistischen Führer aus dem öffentlichen Leben" auffordert.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung", das Stinnes-Blatt, geht noch einen Schritt weiter. Sie stellt mit Behagen fest, daß die „Freiheit" denselben Ton anschlägt wie der „Vorwärts", und fügt folgende Mahnung an die USP. an:

„Allerdings sollte die Unabhängige Sozialdemokratie noch auch nach diesem Urteil handeln und nicht immer wieder, wie es noch neuerdings in der unabhängigen Presse und selbst in der Partei geschehen ist, sich bedingungslos den Kommunisten an die Seite stellen."

Diese Proben von Urteilen der Bourgeoisie genügen, um festzustellen, wessen Arbeit der „Vorwärts" besorgt.

## Das Ergebnis der hessischen Landtagswahlen.

TU. Frankfurt a. M., 28. November.

Am Sonntag fanden in Hessen die Wahlen zum Landtage statt. Die Wahlbeteiligung hat gegenüber den letzten Reichstagswahlen etwas nachgelassen. Innerhalb der einzelnen Parteien traten verschiedene Verschiebungen ein, so hat die demokratische Partei an Stärke eingebüßt, und die sozialistischen Parteien in ihrer Gesamtheit sind ebenfalls geschwächt, sodaß die bürgerliche Rechte von ihren bisherigen 12 Sitzen auf etwa 22 Sitze anwachsen dürfte. Nach den bisher vorliegenden Ergebnissen, die aber noch keine endgültigen sind, werden voraussichtlich die deutsche Volkspartei 11 bis 12 Sitze gegen bisher 7 erhalten, die Demokraten 5 (13), Zentrum 12—13 (13), die Mehrheitssozialisten 25 (31), der Bauernbund 8—9 (0), die Deutschnationalen 2 (5), die Kommunisten und Unabhängigen zusammen 4 (1). Von Teilergebnissen liegen bis jetzt vor Darmstadt: Sozialdemokraten 11 294; Deutschnational 3335; Deutsche Volkspartei 10 169; Hessischer Bauernbund 102; Demokraten 3599; Zentrum 2808; Unabhängige 935; Kommunisten 1436. Stadt und Kreis Worms: Deutsche Volkspartei 14 244; Hessische Volkspartei (Deutschnationale) 1192; Hessischer Bauernbund 935; Zentrum 8357; Demokraten 2636; Sozialdemokraten 13 881; Unabhängige 413; Kommunisten 403.

Die hessischen Wahlen bestätigen, was während der letzten Monate auch in anderen Landesteilen beobachtet werden konnte: eine Abwanderung der Bürgerlichen ins reaktionäre Lager der Deutschnationalen und Volkspartei und andererseits eine Sammlung der Arbeiter auf dem Boden des Klassenkampfes. Wenn im bürgerlichen und kleinbürgerlichen Lager die Rechtsschwenkung meist auf Kosten der Demokraten und Sozialdemokraten erfolgt, so geschieht im proletarischen Lager die Stärkung der Kommunisten und Unabhängigen ausschließlich auf Kosten der Sozialdemokraten. Die Arbeiter spüren immer deutlicher die Folgen der sozialdemokratischen Görlitzer Politik und rücken von den Sozialverrätern weit ab.

## Eine neue Wendung in Washington.

### Teilweise Erlassung der Kriegsschulden.

„New York Herald" meldet, daß die Vereinigten Staaten, falls die Konferenz einen erfolgreichen Abschluß finde, geneigt seien, eine zweite Konferenz einzuberufen, auf der sie eine Herabsetzung der Schulden der Alliierten um 50 Prozent vorschlagen würden. Voraussetzung sei, daß England seine Guthaben in gleicher Weise herabsetze. Präsident Harding hoffe, daß dieser neue Vorschlag Erfolg haben werde.

Ein englisches Telegramm meldet:

Asquith erklärte in einer Rede, die Wiederherstellung Europas sei nur möglich, wenn drei Maßnahmen getroffen würden: 1. Die Revision des Versailler Vertrages. 2. Die Annullierung der alliierten Kriegsschulden. 3. Die Beseitigung der Zollschranken.

*

Seit Anbeginn der Washingtoner Konferenz vollzog sich eine Umgruppierung in der Stellung der verschiedenen Großmächte untereinander. Seit dem Kriegsende hatte sich ein scharfer politischer und wirtschaftlicher Wettkampf zwischen England und Amerika abgespielt. Amerika bediente sich zur Stärkung seiner Position Frankreichs, dessen europäische Interessen den englischen zuwiderlaufen. England dagegen ermutigte unter der Hand Japan, den ausgesprochenen Feind des amerikanischen Imperialismus.

So bestand im Anfang der Washingtoner Konferenz ein gewisses amerikanisch-französisches Zusammengehen gegen England und Japan.

Indessen waren starke Tendenzen vorhanden, die England von einer Bindung an das schwache und alleinstehende Japan abdrängten und auf eine Zusammenarbeit mit Amerika hinwirkten. Die Kolonien verlangten eine antijapanische Politik. Der Druck, der auf allen Ecken und Enden des britischen Weltreichs lastet, macht einen ernsten Streit mit Amerika zum lebensgefährlichen Wagnis. So schwenkte England mehr und mehr in das Fahrwasser der Vereinigten Staaten, gab den japanischen Verbündeten preis. Es nahm den amerikanischen Abrüstungsvorschlag an und unterstützte die amerikanische Politik in China, dem Stillen Ozean, der Südsee.

England ging mit Amerika. Dadurch geschah eine Wandlung in der Stellung Frankreichs. Der französische Imperialismus ging nach Washington mit den günstigsten Aussichten. Er war das Zünglein an der Wage zwischen England und Amerika. Beide mußten um ihn werben, beide ihm Konzessionen machen. Mit dem englisch-amerikanischen Ausgleich fällt diese Notwendigkeit fort. So erlitt die französische Bourgeoisie eine Niederlage. Briand reiste nach Frankreich zurück. Da die Kraft der französischen Bourgeoisie nicht aus eigener Stärke, sondern lediglich aus einer geschickten Ausspielung der beiden Gegner stammte, kann diese Niederlage die ernstesten Folgen haben.

Die erste Auswirkung der englisch-amerikanischen Einigung über die Köpfe der französischen Imperialisten hinweg ist die Absicht, die Kriegsschulden um die Hälfte herabzusetzen. Eine zweite Konferenz soll stattfinden, auf der das Schuldenproblem aufgerollt wird.

Die Frage der Schuldenherabsetzung ist aufs engste verknüpft mit der Abrüstungsfrage. Ein Teil der Schulden wird erlassen, um den Rest dafür um so sicherer einzutreiben. Gleichzeitig wird damit ein Erpressungsmanöver verbunden. Ein alter Gläubigertrick. Amerika gewährt England teilweisen Schuldennachlaß unter der Bedingung, daß England einen Teil seiner Schlachtschiffe abrüstet.

England gewährt Frankreich einen teilweisen Schuldennachlaß unter der Bedingung, daß Frankreich sein 800 000 Mann starkes Heer und seine starke Unterseebootflotte abrüstet.

Das englische Interesse stimmt mit diesem Vorschlag überein. England gewinnt durch die Streichung der 4¾ Milliarden Dollar, die es Amerika schuldet. England kann oder muß notgedrungen in die Flottenabrüstung willigen.

Die französische Bourgeoisie kann auf eine Verringerung ihrer Heeresmacht nicht eingehen, ohne ihren Zusammenbruch zu besiegeln. Sie braucht Soldaten und Kanonen zur Sicherung der deutschen Reparationsschuld. Sie braucht Maschinengewehre und Bajonette für ihre europäischen Herrschaftsziele. Die an den Schuldennachlaß geknüpfte Abrüstungsforderung ist ein Schlag gegen die französische Bourgeoisie, gemeinsam geführt von England und Amerika.

## Eine englische Flottenaktion an der silicischen Küste.

Paris, 26. November.

Der „Matin" bringt die Nachricht von der englischen Flottenaktion in Mersina in folgender Form: Die Engländer konzentrieren in diesem Augenblick ihre Schiffe in Cypern und bereiten eine Landung in Mersina vor. Als Vorwand dient die Zurückziehung der französischen Truppen und die Notwendigkeit, in der England sich befinde, die christliche Minderheit zu schützen.

## Enthüllungen über Orgeschrüstungen.

### Das Ministerium des Innern hilft durch Verleihung von Adlerorden nach.

#### Rede des Genossen Eberlein in der Freitagsitzung des Preußischen Landtages.

In der damaligen Rede des jetzigen Ministers des Innern befindet sich aber zu einem anderen Punkt eine außerordentlich interessante Stelle. Er spricht da von der Selbstschutzorganisation und sagt:

Den Selbstschutzorganisationen kann man nicht früh genug entgegentreten. Sie führen keinen Selbstschutz herbei, sind kein geeignetes Mittel, die öffentliche Sicherheit zu schützen oder zu stärken, sie sind nur ein Ferment der Beunruhigung, und wie immr sie auftreten, ob im Gewand der Arbeiterwehren oder der landwirtschaftlichen Selbstschutzorganisation, sind sie eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung.

Ich hätte erwartet, daß der Minister Severing sofort nach Amtsantritt alles versucht hätte, diese seine Rede in die Tat umzusetzen und dafür zu sorgen, daß der ungeheure Skandal der Selbstschutzorganisation in Preußen endlich beseitigt wird. Er hat aber in dieser Angelegenheit bis heute nichts getan. Der Selbstschutz lebt in Deutschland, in Preußen ruhig fort, und er bedeutet heute eine um so größere Gefahr, weil die Bewaffnung der Arbeiter überall unmöglich gemacht ist und den Arbeitern die Waffen in allen Orten genommen sind, der Selbstschutz aber in unerhörter Weise mit einer Masse von Waffen versorgt wird.

Damit der Herr Minister Severing das in diesen Wochen Versäumte nachholen kann, will ich ihm gern behilflich sein und ihm einiges Material über den Selbstschutz, der in Preußen noch regiert, vortragen. Ich habe bereits unter der Regierung des Ministers Dominicus hiervon gesprochen, und der Minister verlangte von mir, ich möchte ihm Material zur Verfügung stellen. Ich hatte die löbliche Absicht, das zu tun; aber bereits am anderen Tage hat er mein Büro in der Rosenthaler Straße überfallen und versucht, mein Material zu klauen. (Hört, hört! bei den Komm.) Das machte mich stutzig, und ich sagte mir: unter den Umständen bin ich nicht imstande, das Material dem Minister direkt zu übergeben. Da ich dem Minister Severing nicht viel mehr zutraue als dem Herrn Dominicus, so ziehe ich es vor, das Material der Oeffentlichkeit zu übergeben, anstatt es dem Minister auszuhändigen. Die Selbstschutzorganisation, deren Bekämpfung doch Aufgabe des Herrn Severing wäre, treibt ihr Unwesen natürlich in Schlesien am stärksten. So hat z. B. am 22. Oktober eine Unterredung mit dem Obersten Schuster vom Aufstellungsstab Schuster stattgefunden. Schuster forderte von der Nachschubstelle Breslau Munition. Er ist ein Draufgänger, wie mir berichtet wird, und drängte die ganze Zeit zu einem neuen Putsch in Oberschlesien. Ein Herr von Schleidnitz und einige andere Herren dagegen vertraten am 22. Oktober den Standpunkt, daß die Situation noch nicht genügend ausgereift sei. Aber dieser Oberst Schuster und dieser Herr von Schleidnitz sind einige der tüchtigsten Orgeschmänner in Breslau und haben die engste Verbindung und den regsten Verkehr mit den dortigen Behörden, auch mit den dortigen sozialdemokratischen Behörden. Es wurden z. B. von der Nachschubstelle Breslau am 27. Oktober beim Stahlwerk Mark 1300 Gewehre neu bestellt, die in Breslau, Ohlauer Str. 87, abgeliefert werden sollten. Ein Herr Kerus hat um dieselbe Zeit Munition geliefert, erhielt jetzt eine andere, sehr umfangreiche Bestellung, und zwar auf 3 Millionen Schuß für Infanteriegewehre. Der Schuß kostet 27 Pf. bei dem guten Mann; Sie sehen, das ist außerordentlich billig. Dieser Kerus wohnt in Breslau, Herrenstraße 24. Er hat vereinbart, daß diese Munition in Kisten verpackt, mit der Aufschrift „Dosen" geliefert werden soll.

Daß über diese Dinge der Staatskommissar Weismann informiert ist, ergibt sich aus einem Bericht, der an das Staatskommissariat für öffentliche Ordnung in Berlin gesandt worden ist über den oberschlesischen Selbstschutz, in dem auch Herr von K. erwähnt wird, der sich zurzeit bei den schlesischen Selbstschützern befindet. Der eigentliche Lieferant für die umfangreichen militärischen Lieferungen des Selbstschutzes, der Vermittlungsmann, ist in Berlin der Major v. Klokowski, der in der Ansbacher Straße wohnt und dort ein außerordentlich umfangreiches Geschäft verwaltet. Die Verbindung zwischen der Schupo und der Nachrichtenstelle in Breslau hat jetzt Graf von Poniaski in Händen, das ist derselbe, dem im Untersuchungsausschuß nachgewiesen worden ist, daß er in Mitteldeutschland für die größten Schandtaten verantwortlich ist, für die allergrößten Schweinereien, die dort von der Schupo gegen die Arbeiter begangen worden sind.

Die Zentrale dieses Selbstschutzes befindet sich in Breslau und ist mit allen militärischen Maßnahmen ausgestattet. Sie hat ihre Kriegspläne vollständig fertig und ist jederzeit bereit, auf Kommando loszuschlagen. So habe ich hier z. B. einen Plan, der aus dieser Auskunftsstelle in Breslau stammt und der eine Zeichnung über die Verteilung der Bereitschaftszüge für einen eventuellen Aufstand des Selbstschutzes gegen Polen verzeichnet. Ich bin bereit, ihn auf den Tisch des Hauses niederzulegen, so daß Sie die Möglichkeit haben, Einsicht zu nehmen. Ich lege gleichzeitig eine vorläufige Kriegsgliederung des Selbstschutzes für Schlesien vor, woraus Sie ebenfalls erkennen können, wie sorgfältig die militärischen Maßnahmen vom Selbstschutz in Schlesien vorbereitet werden.

Ich fürchte aber, meine Damen und Herren, über die Waffenlager, über die Mengen geheimer, in Schlesien lagernder Waffen werden Sie kaum ein Bild haben, und ich will Ihnen aus diesem Grunde nur einige wenige Zahlen nennen über einige Transporte, die nach dort gegangen sind. So sind z. B. am 27. Oktober von dem Major Klokowski, Berlin, Ansbacher-Straße 9, durch Vermittlung des Leutnants Treppke aus Neu-Ulm, Süddeutschland, folgende Waffen und Munition nach Neustadt, der Nachschubstelle in Schlesien, gegangen. Es wurden aus Süddeutschland geliefert: 1. im Waggon Danzig 9837 — das ist die Bezeichnung des Waggons — 1540 Minen, im Waggon München 33 691 402 Flatterminen, 185 Feldhaubitzengranaten 10,5, zwei große und 24 kleine Kisten mit 3—6 Flaschenminen, 206 schwere Flaschenminen. (Hört, hört! b. d. Komm.) Im Waggon Halle 11 822 wurden befördert 203 schwere Flaschenminen, im Waggon Kattowitz 16 701 1836 Wurfminen. (Hört, hört! b. d. Komm.) 852 Minen im Waggon Sachsen 70 074, 96 Granaten für Feldkanonen 96, 50 Kartuschen. 197 Granaten für Feldkanonen 96 mit Kartuschen. 24 Kisten Granatzünder 04, 1 Kiste Beiladung für Minen, 1 Kiste Zünder für I. Minen, 641 Wurfminen, 660 Wurfgranaten, 4000 Eierhandgranaten, 975 Stielhandgranaten.

Das ist nur eine Lieferung von Waffen und Munition, die

an den geheimen verbotenen Selbstschutz nach Schlesien gegangen sind. Aber die Dinge kommen noch besser.

Ein wesentliches Munitionslager befand sich in Bayern und wurde von dem Leutnant Treppke, der seinen Sitz im Münchener Hof in Neu-Ulm hatte, über Berlin nach Schlesien geschickt. Aus dem Brief, den er an einen Herrn Eberle in Oberschlesien schickte, der am 18. Oktober 1921 abgegangen ist, darf ich Ihnen wohl einiges zur Kenntnis geben. Er schreibt:

Herrn Oblt. Eberle, hochwohlgeboren!

Es sind nunmehr bis heute 10 Waggons unterwegs. Ernent sind an das Stahlwerk abgegangen: am 17. 10. 21 der Waggon Baden 27 679 mit 280 mittleren Minenschrot (hört, hört! b. d. Komm.) der Wagen S. St. E. B. 1559 mit 280 mittleren Minenschrot, am 18. 10. 21 der Waggon Danzig 12 481 mit 280 Minenschrot. Am Freitag gehen außer diesen Sachen, die laufend pro Tag 1 bis 2 Waggon verladen werden, 2 Gebirgskanonen ab. Wir setzen alle denkbaren Kräfte daran, die Absendung von Stiften, Spaten und Hämmern zu beschleunigen. (Das sind die Decknamen für Waffen und Munition.) Mit den angekündigten derartigen Sachen ist erst nach Räumung des Artillerie- und Minenlagers zu rechnen.

Ich will Ihnen den ganzen Brief nicht vorlesen, er ist in demselben Stil gehalten.

Interessant ist nur am Schluß geschrieben, daß der Mann verlangt, man solle doch den Lieferanten in Bayern etwas entgegenkommen, und zwar in folgender Weise:

Ferner bitten wir Sie, uns doch so schnell als möglich unsere Ausweise zu übersenden, möglichst ohne militärischen Dienstgrad. Ferner brauchen wir sofort wegen der ständigen Fremdenkontrolle für jeden Ausweise vom Stahlwerk Mark als Angestellte, da wir uns hier als Ingenieure des Stahlwerks eingetragen haben. Um von der großen süddeutschen Firma einen schnelleren Abtransport der Sachen zu erreichen, wird es sich empfehlen, dem ersten Direktor, Herrn Trambusch, Augsburg, in Firma Trambusch und Egel den schlesischen Adler zu verleihen, (Heiterkeit b. d. Komm.) und zwar auch unter Beschleunigung. Am Montag ist Herr Trambusch auch wieder hier . . . .

Es scheint also, daß im Ministerium des Innern heute noch für die glorreiche Tätigkeit der Selbstschützler Orden verteilt werden, damit die Lieferanten der Waffen und Munition durch diesen Blödsinn veranlaßt werden, die Waffen schneller und besser zu liefern.

Vom 22. Oktober habe ich hier eine weitere Aufstellung, die an Herrn Major von Glodkowsky in der Ansbacher Straße gegangen ist über das, was er in der letzten Zeit an Waffen und Munition für den oberschlesischen Selbstschutz geliefert hat. Der Brief ist von der Nachrichtenstelle Breslau abgegangen, und es heißt da:

Von Major Glodkowski geliefert bis 21. Oktober (am 22. Oktober ist der Brief geschrieben):

Gewehre 15 000, schwere Maschinengewehre und leichte Maschinengewehre 415, Maschinengewehrpistolen 147, gewöhnliche Pistolen 8500, L-Pistolen 300, Minenwerfer 14, Granatenwerfer 72, Geschütze 2, Handgranaten 70 000 (hört, hört! bei den Komm.), Infanteriemunition 2 600 000 (hört, hört! bei den Komm.), Minenwerfermunition 10 000, große Minenwerfer 18 000 (hört, hört! bei den Komm.), Artilleriemunition 5000, Pistolenmunition 265 000, Leuchtpistolenmunition 21 000, Ausrüstung 15 000.

Es ist außerdem noch eine Angabe da, was er in den nächsten Tagen noch liefern will, und zwar vom 4. Oktober. Da heißt es:

21 000 Gewehre über Berlin vom Ulmer Stahlwerk Mark, schwere Maschinengewehre 150 aus Hannover, Pistolen 700 aus Ulm, leichte Pistolen 500 aus Ulm und sofort.

Infanteriemunition beabsichtigt er noch zu liefern 8 000 000 (hört, hört! bei den Komm.) und zwar aus Hannover, Ulm, Berlin, Stettin, Wilde und Stahlwerk Mark. So sieht es in Breslau und in Schlesien mit dem Selbstschutz aus, ohne daß bisher etwas dabei getan ist. Es ist aber kein Wunder, daß von der Regierung nichts dazu getan wird, da ja bekanntlich die Regierung mit dem Selbstschutz unter einer Decke steckt und mit ihm durch dick und dünn geht und selbst die Sozialdemokratie mit diesem Selbstschutz in Oberschlesien sympathisiert und in enger Verbindung mit ihm steht.

Ich habe hier ein Protokoll vom 25. Oktober, das von zwei Arbeitern aufgenommen worden ist, die in der Belegungsstelle Karlowitz bei Breslau beschäftigt sind. In diesem Karlowitz, das der Deutschen Sprengstoff AG. Hamburg gehört, wurde vor 14 Tagen, also am 10. ungefähr, die Belegschaft zusammengerufen und es wurde vom Betriebsvorsitzenden folgende Mitteilung gemacht: Kollegen! Hier hinten werden Autos mit Munition verladen, die müßt Ihr unbehindert passieren lassen; es geschieht mit Zustimmung der Gewerkschaft. Der Transport erfolgt mit großen Militärlastwagen, 2- und 4-Tonnenwagen, durch mitgebrachte Kolonnen, junge Burschen, denen man von weitem den Schüler oder Studenten ansah. Vor 8 Tagen vier Autos Handgranaten, und so geht es Tag und Tag weiter. Zwei Mitglieder des Betriebsrates begleiten jeden Transport. Der Arbeiter erklärte dann: Dann erklärte mir der Vorsitzende des Gewerkschaftskartells, zu dem er ging, und das Parteimitglied Ruppert, daß in der nächsten Zeit Reichswehr nach Oberschlesien gehe, und da sei es doch gut, wenn die Sozialdemokratische Partei sich auch Waffen und Munition zur Sicherheit beiseite bringe. (Hört, hört! bei den Komm.)

**So sehen die Heuchler aus, die hier dauernd versuchen, uns als die Putschisten hinzustellen und die in Breslau unter Führung des Abg. Scholich selbst dafür sorgen, die nötigen Waffen und Munition für ihre Mitglieder in Sicherheit zu bringen. Das ist ein Putsch, der gegen die Arbeiter Oberschlesiens gerichtet ist und gegen den wir uns mit aller Energie wehren werden. Die Arbeiter gingen dann zu dem Vertreter im Oberpräsidium und meldeten diese Geschichte dem Herrn Grolla, der Mitglied der Sozialdemokratischen Partei ist und der den Arbeitern sagte: wenn Ihr dieses Material, diese Tatsachen vom** dann werde ich gegen sie vorgehen. Wie ein paar Zwischenrufe hier andeuteten, ist also das Schlechtgehen schon eingeleitet. Ihr werdet zu spät damit kommen! (Hört, hört! bei den Komm.) Das heißt, das Oberpräsidium und der dort sitzende Sozialdemokrat im engsten Einvernehmen und im Zusammenhang mit dem verbotenen Selbstschutz in Oberschlesien arbeiten mit dem ganzen Gesindel, das dort aus dem ganzen Reich zusammengezogen ist, an dem neu vorzubereitenden Putsch.

Ich könnte Ihnen noch viele Dinge vortragen; ich werde das aber für heute genügen lassen. (Zuruf im Zentr.) — das geht Sie den Dreck an, wo ich das herhabe — und will hoffen, daß Herr Minister Severing sofort daran geht, diesen Augiasstall des Selbstschutzes in Oberschlesien endlich auszuräumen. Sollte das nicht geschehen, dann werden wir natürlich bei der nächsten Gelegenheit mit weiterem und erheblich mehr Material über diese Angelegenheit dienen. Aber ich sage heute schon: nach den Erfahrungen, die ich bis jetzt mit der Regierung gemacht habe, lehne ich es ab, das Material aus der Hand zu geben. Ich werde es der Oeffentlichkeit übergeben, die mag dazu Stellung nehmen, wenn es Herr Severing nicht für nötig hält, darauf einzugehen.

---

Mittwoch, den 30. November, abends 7½ Uhr, in den Zentral-Ballsälen, Westendstraße 50,

## Große öffentl. Volksversammlung!

**Gegen die Klassenjustiz!**
**Für die hungerstreikenden politischen Gefangenen!**

Referent: Genosse **Oelßner.**

Freie Aussprache. Sorgt für Massenbesuch.

**KPD.** (Ortsgruppe Breslau).

---

# Breslauer Nachrichten.

### Unterbezirk Breslau.

**Sonntag, 4. Dezember, vorm. 9 Uhr, im Parteilokal, Nicolaistraße 49/50,**

### Unterbezirkskonferenz.

Tagesordnung:

1. Politische und organisatorische Grundlage.
2. Agitation.
3. Wahl von Bezirksausschußmitgliedern.
4. Frauen- und Jugendbewegung.
5. Verschiedenes.

Auf jede Ortsgruppe entfällt ein Delegierter. Für jedes weitere angefangene Hundert Mitglieder je ein Delegierter.

Jede Ortsgruppe muß unbedingt vertreten sein.

Die Unterbezirksleitung.

### Der Verband der Schuhmacher

hat in seiner letzten Versammlung beschlossen, dem Gewerkschaftskartell die Beiträge zu sperren, falls das Gewerkschaftshaus nicht allen Arbeiterparteien (bekanntlich wird der Gewerkschaftssaal den Kommunisten nicht gegeben) zur Verfügung gestellt wird.

### Der Regierungspräsident als Bezirkswohnungskommissar

teilt uns mit, daß der Staat zur Unterstützung von Neubauten mit Wohnungen, die preußischen Staatsbediensteten und Arbeitern in preußischen Staatsbetrieben zugute kommen sollen, außer dem Landesdarlehn noch weitere Mittel zur Verfügung gestellt hat, die in Form eines staatlichen Arbeitgeberzuschusses gewährt werden. Anträge auf Gewährung dieser Zuschüsse sind von Gemeinden, gemeinnützigen Bauvereinigungen und sonstigen Interessenten nicht an die einzelnen preußischen Verwaltungen, sondern an den Regierungspräsidenten als Bezirkswohnungskommissar zu richten, der sie an das Preußische Ministerium für Volkswohlfahrt weiterleitet.

# Aus dem Waldenburger Revier.

**Waldenburg. Eine Rekordleistung stellten unsere Stadtväter in der letzten Stadtverordnetensitzung auf. 22 Tagesordnungspunkte wurden in knapp 40 Minuten erledigt. Nicht ein einziger Stadtverordneter, weder von rechts noch von links, fand es nötig, auch nur ein einziges Mal das Wort zu ergreifen. Wir lassen nachstehend einen kurzen Bericht über die hauptsächlichsten Punkte folgen. Von den Insassen des Altersheims war eine Beschwerde** über mangelhafte Verpflegung an die Versammlung gerichtet. Wie immer in derartigen Fällen ging nach Rückfrage bei der Leitung des Altersheims von dort Bescheid ein, daß die Angelegenheit nicht so schlimm sei. Personal und Leitung hätten dieselbe Verpflegung, und alles befinde sich wohl. Dann kam der Bericht von den vorgenommenen Probeschlachtungen. Danach sind die derzeitigen Preise für Rind- und Schweinefleisch und für Wurst als angemessen zu betrachten. Dagegen seien die Preise für Hammel- und Kalbfleisch mit 13 M. das Pfund zu hoch. (Seit zwei Wochen kostet das Kalbfleisch nun schon bis 19 M. das Pfund!!) In dem Bericht wurde noch hervorgehoben, daß die Fleischer in Breslau billiger Vieh kaufen könnten als in Waldenburg. Wir möchten dazu an den Magistrat die bescheidene Anfrage richten: Gedenkt er etwas zu tun, um es auch der Arbeiterschaft zu ermöglichen, sich an Festtagen wenigstens mit einem Stück Kalb- oder Hammelfleisch zu versehen, oder ist damit für ihn die Angelegenheit erledigt? Von der Not, in der sich auch die Lehrer der höheren Schulen befinden, gab ein weiterer Punkt ein krasses Zeichen. Dem Lehrer wurden neben 2000 M. Umzugskosten noch 2000 M. als zinsloses Darlehen bewilligt. Der Direktor der Stadtbank wurde von Gehaltsstufe 10 nach Stufe 11 versetzt. Außerdem ist ihm die widerrufliche Gewinnbeteiligung von 2 Prozent auf unwiderruflich 2½ Prozent erhöht worden. Herr Fritz Zappe, nicht Redakteur der „Schlesischen Bergwacht", sondern nach eigenen Angaben „verantwortlicher" Leiter der Buchhandlung der „Bergwacht", und nach dem Vorangegangenen immer noch Stadtverordneter und Mitglied der SPD., gab dann einen Bericht über die Erwerbslosenfürsorge. Besonders betonte er dabei, daß in Zukunft auch dann die Unterstützung verweigert wird, wenn der Erwerbslose ihm angebotene Arbeit nicht annimmt und die Verweigerung nicht stichhaltig begründet. Das heißt also: Bei einem Streik, oder wenn Herr Stadtrat Dickreiter wieder einmal Arbeiten unter Tariflohn verrichtet haben will, dann werden Erwerbslosenunterstützungsempfänger dorthin beordert. Wer dann nicht Streikbrecher werden, oder evtl. für 4 M. die Stunde Ziegel abladen will, der bekommt eben keine Unterstützung mehr. Die Ausführung der Bestimmungen überläßt man dem Magistrat, in dem Herr Dickreiter (SPD.), besonders bei den Bauarbeitern als Lohndrücker bekannt, ein gewichtiges Wort spricht. Und kein einziger sogenannter Arbeitervertreter hat dazu ein Wort der Kritik nur. Zu bemerken wäre noch, daß der Stadtverordnete Bartsch (Bauarbeiter) bei dieser Sitzung fehlte. Hier hätte er bei dem Punkte die Interessen seiner Kollegen, die doch besonders im Winter viel unter Arbeitslosigkeit zu leiden haben, vertreten können. An die Arbeiter möchten wir die Aufforderung richten, die Waldenburger Stadtverordnetenversammlungen zahlreicher wie bisher zu besuchen.

# Aus der Provinz.

In Neustadt O.-S. stehen die Arbeiter der Webereien in einer Lohnbewegung. In einer öffentlichen Versammlung aller Textilarbeiter Neustadts berichtete ein Vertreter des Deutschen Textilarbeiterverbandes über den Verlauf der Verhandlungen, die 70 Pf. Teuerungszulage ab 24. November und weitere 40 Pf. ab 14. Dezember ergeben hätten, infolge besonderer Forderungen einzelner Arbeitskategorien seien aber die Verhandlungen gescheitert. — In der Aussprache, an der sich viele Arbeiter beteiligten, ergab sich die Einigkeit der Arbeiter gleiche Löhne oder wenigstens solche, die geringe Unterschiede aufweisen, zu fordern. Die Diskussion ergab auch, daß viele Weber, die Akkordarbeit leisten, oft nicht den Lohn verdienen, der tariflich festsicht. Hier muß es Aufgabe der Gewerkschaften sein, einzugreifen, um die Arbeiter gegen solche Erscheinungen zu schützen. Die ganze Versammlung zeigte aber auch, daß eine Lohnbewegung, örtlich geführt, den Webern nicht viel helfen kann. Sie müssen ihre Gewerkschaften auffordern und ihre Führer verpflichten, die Kämpfe über Bezirke usw. zusammenzufassen, um ihre Existenz zu sichern. Sie müssen die Akkordarbeit beseitigen.

# Arbeitersport.

### Arbeiter-Turn- und Sport-Bund.

Am 20. November tagte in Sandberg der Gruppenfußballtag. Nach Begrüßung der Delegierten durch den Gruppenleiter überbrachte der Bezirksspielleiter den Delegierten die Grüße des Bezirks, und wünschte der Tagung den besten Erfolg. Als Gruppenspielleiter wurde Sporigen. Beer-Sandberge wiedergewählt. In den Spielausschuß sind die Spielführer jedes Vereins zu entsenden. Die Sportabteilung Weißstein trat aus der Serie aus und verliert dadurch die Punkte. In den Serienspielen gingen hervor in der 1. Klasse: Freiburg und Sandberg je 2 Punkte. 2. Klasse: Landeshut und Hermsdorf je 8 Punkte, Sorgau 5, Sandberg 3 Punkte. 3. Klasse: Sandberg 4, Jugendklasse: Sandberg 9, Sorgau 6, Landeshut 5, Freiburg 4 Punkte. Das Ausscheidungsspiel der 1. Klasse findet in Sorgau am 11. Dezember 1921 statt. Ausscheidungsspiel der 2. Klasse findet am 4. Dezember 1921 in Sandberg statt; Schiedsrichter der Bezirksspielleiter. Eine Schiedsrichterprüfung in Sandberg abzuhalten wurde auf Antrag angenommen. Den Schluß der Tagung bildeten kleine Anfragen, die in kurzer Debatte klargelegt wurden. Die Versammlung schloß Sporigen. Beer mit einem dreifach kräftigen Frei-Heil!

Verantwortlicher Redakteur: Richard Kanus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag, e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei, G. m. b. H., Berlin SW 48. Tel. Lützow 1956 und 1957.

**Anzüge, Cutaways, Raglans, Schlüpfer, gestreifte Hosen,**
nach Maß und fertig am Lager, Verarbeitung nach allen Modellen aus nur guten Maßstoffen kaufen sie am besten ein
**Verkaufshaus feiner Herrengarderobe**
**Berthold Schubert**
Gartenstraße 12.

**Frauen**
verlang. sofort bei Zuschläfer
**Periodenstörung**
[illegible]
**Gummiwaren**
jeder Art.
[illegible]
Firma A. Gebauer
Breslau 6

Zahle für alle
**Altmetalle**
höchsten Preis.
Otto, [illegible] 1.

**Wiederverkäufer**
kaufen billig u. gut Socken, Hemden, Unterhosen, Trikotagen, Garne, Zwirne, Kurzwaren, gute Wolle, Reichsbekleidung usw. bei
**E. Lehmann, Breslau,**
Poststraße 7.
Mustersendung per Nachn. v. 100 M. an. Preisliste gratis.

**Gebrauchte Mauser-Pistolen 7,63**
kaufen zu höchsten Preisen
Gewehrfabrik
**F. W. Vandrey & Co., Hamburg**
Colonnaden

**Genossinnen und Genossen!**
Werbt unermüdlich Inserenten für die
**„Schlesische Arbeiterztg."**

**Für 4 alte 1 neueste, oder Schallplatten höchste Bezahlung**
für alte und zerbrochene Schallplatten nur im
**Musikhaus Melzer, Breslau,**
Friedrich-Wilhelm-Straße Nr. 36.

**Kommunistische Bücherei**
Breslau 5, Gräbschnerstr. 45
Reichhaltiges Lager
sozialistischer, kommunistischer und schöngeistiger Literatur! Gute Jugendschriften!
Verzeichnis der vorhandenen Schriften kostenlos!